

Wir erreichen wieder eine finanzielle Perspektive für Mönchengladbach

Wenn der Stadtrat am 19. Dezember den Haushalt 2013 beschließt, so sind das für die Ratsmitglieder nach dem Haushalt 2012 und dem Haushaltssicherungsplan (HSP) die dritten Haushaltsberatungen in diesem Jahr. In der Geschichte der Stadt sicher ein einmaliger Vorgang. Die Haushaltsberatungen 2013 sind aus SPD-Sicht eine Bestätigung der mit dem HSP festgelegten Linie. Wir werden im Investitionsbereich nur die Finanzierung der Planungen für den Neubau der Stadtbibliothek sicherstellen. Ansonsten wird es keine Änderungen des Haushaltsentwurfs geben.

Lothar Beine: „Wesentlich ist für die SPD

Die Ankündigung der Landesregierung vom 4. Dezember 2012, die Zahlungen des Landes auf Grund neuer Berechnungen für unsere Stadt um bis zu 6 Mio. € ab 2014 zu kürzen, macht den Weg sicher nicht einfacher. **Lothar Beine:** „Ich rate, die notwendige Entscheidung des Landtages hierzu Anfang nächsten Jahres abzuwarten. Ab 2014 erwarten wir außerdem zusätzliche Zahlungen des Bundes für Eingliederungshilfen von bis zu 14 Mio. € jährlich, die bisher nicht eingerechnet sind. Ich bin deshalb sehr zuversichtlich, dass wir den notwendigen und richtigen Weg zum Haushaltsausgleich trotzdem erfolgreich beschreiten. Überhaupt



Thomas Max Müller pixelio.de

Licht am Ende des Tunnels: Mönchengladbach gewinnt eine Perspektive

der Beschluss des HSP in der September - Sitzung des Rates gewesen. Mit diesem Beschluss zum Haushaltsausgleich in 2018 und Schuldenabbau ab 2014/15 schaffen wir wieder eine finanzielle Perspektive für die Stadt. Wir gewinnen wieder nach vielen Jahren im Nothaushalt und beschränkter Entscheidungsfähigkeit die Handlungsfähigkeit zurück. Die Entscheidung, am Stärkungspakt teilzunehmen und den HSP zu beschließen **ist die wichtigste politische Entscheidung dieses Jahres.** Das Licht am Ende des Tunnels ist deutlich zu sehen.“

kein Verständnis habe ich für die ersten Reaktionen der CDU, die sich offensichtlich geradezu neue Schwierigkeiten wünscht, um die „Ampel“ in Problemen zu sehen. Vielleicht wird auch der CDU irgendwann klar, dass es nicht um Schwierigkeiten für die „Ampel“ geht, sondern unsere Stadt seit vielen Jahren, in denen die CDU die Verantwortung hatte, in existentielle finanzielle Schwierigkeiten gekommen ist. Die drohende Pleite sollten wir gemeinsam für unsere Stadt abwenden wollen. Das ist auch die Verantwortung, der sich die CDU endlich stellen sollte.“

Unsere Themen

- Perspektive für unsere Stadt
- Überblick Finanzen
- Abfallgebühren
- Projekte in Rheydt
- Sportvereine
- City - Ost
- Nachtabschaltung Straßenbeleuchtung

Editorial Auf ein Wort

Wieder ist ein Jahr (fast) um, und ich frage mich wieder einmal, wo die Zeit geblieben ist. Wenn wir uns zum Ende des Jahres in der Stadt bewusst umgucken, sehen wir aber doch, dass in diesem Jahr viel passiert ist: In beiden Zentren sind große Baustellen. Es geht endlich voran in unserer Stadt!

Diese Baustellen strafen z.B. denn auch alle ewigen Nörgler, Lügen, die fast täglich behaupten, in der Stadt herrsche Stillstand. Im Gegenteil: Soviel Aufbruch war lange nicht! Zugegeben: Mir geht es manchmal auch zu langsam! Aber die intensive Arbeit in der „Ampel“ aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP hat auch den Vorteil, dass Entscheidungen gründlich diskutiert und abgeklärt werden.

Die wichtigste Entscheidung des Jahres ist für mich aber die Verabschiedung des Haushaltssicherungsplans, der unserer Stadt wieder eine Perspektive gibt und uns handlungsfähig macht.

In den Rat am 19.12.2012 eingebracht, dann noch die Anträge zur Neuordnung der Abfallentsorgung. Seit Jahren sagt die SPD, dass die Gebührenzahler in MG zu viel zahlen. Ich bin fest davon überzeugt: Wir werden mit der Ausschreibung der Verbrennung erheblich günstigere Preise bekommen und die Neuordnung der GEM wird zusätzlichen finanziellen Spielraum schaffen. Die Reduzierung der Müllgebühren ist für die SPD ein weiteres zentrales Thema für diese Ratsperiode, das wir erfolgreich abhaken werden.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr 2013.

Herzlichst Ihr

Finanzielle Rahmendaten im Überblick

Zwei Eckpfeiler des verabschiedeten Haushaltssicherungsplanes sowie des Haushaltes 2013 springen ins Zentrum der Betrachtung:

1. Unsere Stadt schafft ab 2018 wieder den Haushaltsausgleich! Bis 2021 noch mit tatkräftiger finanzieller Unterstützung des

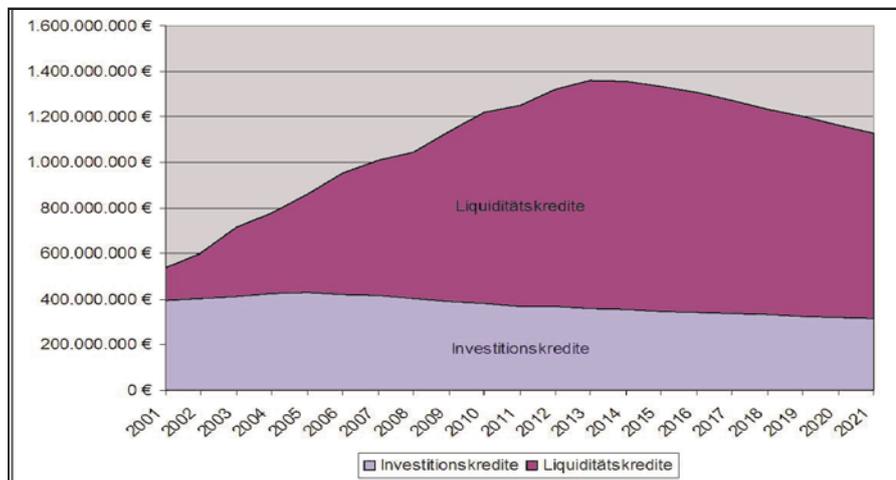
Bei den Investitionskrediten ist die Stadt schon seit 2005 dabei, die Gesamthöhe der Kredite abzubauen. Hier tilgen wir jährlich höhere Beträge als wir neue Schulden aufnehmen.

Insgesamt werden wir in Mönchengladbach

defizit von 74,8 Mio. € in 2013 über 32,9 Mio. € in 2014, 17,1 Mio. € in 2015 auf 10,6 Mio. € in 2016 reduziert werden. Ab 2018 erfolgt dann der Haushaltsausgleich. Vom Land NRW haben wir bereits zum 1. Oktober dieses Jahres 9,8 Mio. € erhalten. Im nächsten Jahr erhalten wir 17,6 Mio. €. In den Jahren 2014 bis 2018 erhalten wir jeweils knapp 50 Mio. €. Von 2019 bis 2021 werden die Zuschüsse dann wieder abgeschmolzen.

Die Fraktionen der „Ampel“ aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben mit dem Haushaltssicherungsplan viele Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen – wie z. B. Gewerbesteuer und Grundsteuer B – und auch zur Kürzung von Ausgaben beschlossen. Dabei sind die Vorschläge der Verwaltung deutlich abgemildert worden. Aber nur so konnte das Ziel des Haushaltsausgleiches und des Schuldenabbaus erreicht werden.

„Allein das Erreichen dieser zwei Ziele ist ein großer politischer Erfolg für die „Ampel“ in unserer Stadt. Unsicherheiten bleiben natürlich immer. Wir wissen angesichts der Entwicklung in Europa oder der Wirtschaft natürlich auch nicht, wie sich Daten entwickeln. Allein die Entwicklung der Zinsen ist von uns nicht zu beeinflussen und von hoher Bedeutung. Wir haben aber auch sehr vorsichtige Ansätze gefahren und hier und da noch Potential“, so **Lothar Beine**.



Landes aus dem Stärkungspakt. Ab 2022 schaffen wir dann den Haushaltsausgleich wieder aus eigener Kraft.

2. Ab 2015 nehmen wir keine neuen Kassenkredite mehr auf, sondern beginnen, die sogenannten Dispokredite der Stadt wieder abzubauen.

voraussichtlich 2014/2015 den Höchststand der Verschuldung mit über 1,3 Milliarden € erreicht haben. Im Jahre 2020 werden wir voraussichtlich wieder unter 1,2 Milliarden € liegen (s. Abbildung).

Nach dem vorgelegten Etatentwurf 2013 kann der prognostizierte Fehlbedarf sukzessive abgebaut und das zu erwartende Haushalts-

Abfall: Verbrennungsverträge werden gekündigt Erster Schritt zur Gebührensenkung

Die SPD in Mönchengladbach hatte es vor den letzten beiden Kommunalwahlen zum Thema gemacht: Die Müllgebühren sind in MG durch den GEM-Vertrag und die Verbrennungspreise zu hoch! **Lothar Beine**: „Jetzt endlich können durch Kündigung der beiden Verträge und neue Rahmenbedingungen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Müllgebühren künftig sinken können. Der Entsor-

werden die Verbrennung ab 2015 ausschreiben. Das Verfahren ist sehr schwierig. Deswegen werden wir bereits im Frühjahr 2013 mit dem Verfahren beginnen und uns extern rechtlich beraten lassen.“

Die Verbrennung erfolgt zurzeit in Düsseldorf und/oder Krefeld. Die Mönchengladbacher müssen nach dem jetzigen Vertrag allerdings

einen Durchschnittspreis von vier Verbrennungsanlagen bezahlen, unabhängig von der tatsächlichen Verbrennung. „Der jetzige Preis ist gemessen am Marktpreis viel zu hoch und kann durch die Ausschreibung erheblich gesenkt werden. Nach meinen Berechnungen können die Gebühren für die 25 l-, 35 l und 50 l - Tonnen um ca. 14 % gesenkt werden“, so **Lothar Beine**.

Krefelder Entsorger, die Entsorgungsgesellschaft Niederrhein (EGN), zu je 50 % beteiligt sind. Hier verbleibt noch ein Jahr Zeit, um die konkrete Richtung vorzugeben. Der Vertrag läuft zum 31.12.2015 aus und kann zum 31.12.2013 gekündigt werden. **Lothar Beine**: „Die SPD-Fraktion möchte die GEM als städtische Gesellschaft nach 2015 weiterfahren. Hierzu möchten wir möglichst schnell die verschiedenen Optionen - sowohl für die Übernahme der EGN-Anteile als auch für eine Neugründung - prüfen lassen. Natürlich müssen die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, die Gebühren und auch auf die Beschäftigten geprüft werden.“

Bei der GEM sind jetzt noch ca. 110 ehemalige städtische Mitarbeiter beschäftigt, die ein Rückkehrrecht zur Stadt hätten, wenn die GEM nicht mehr die Einsammelleistungen für die Stadt übernehmen würde. „Auf jeden Fall brauchen wir ab 2015 einen neuen „GEM – Vertrag“, denn mit dem jetzigen Vertrag bezahlen die Gebührenzahler ebenfalls zu hohe Müllgebühren. Die SPD steht dafür, die Müllgebühren nachhaltig zu senken“, so **Lothar Beine** abschließend.



gungsvertrag läuft zum 31.12.2014 aus, wenn er bis Ende dieses Jahres gekündigt wird. Genau das haben wir in der Ampel vereinbart. Wir

Komplizierter ist das Thema „Neuorganisation der GEM“, an der die Stadt MG und der

Rheydter Projekte nicht in Frage stellen

Die Baumaßnahmen im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt in Rheydt“ nehmen immer mehr Formen an. Am **Hugo-Junkers-Park** entsteht eine neue Parkanlage, die die Menschen in 2013 zum Verweilen einladen wird. Die Tiefgarage wird komplett saniert und so aus einer Tropfsteinhöhle zu einem modernen Parkangebot mitten in der City. Die **Marktplatzdecke** wurde abgetragen und wird für den Neubau vorbereitet.

„Nur die CDU ist offensichtlich mit diesen

ckend. Immerhin wurden alle Planungs- und Gestaltungsschritte in Gremien und mit der Bevölkerung diskutiert. Die CDU war in allen Foren dabei - aber im Rückblick offensichtlich nur rein körperlich“, so **Thomas Fegers, planungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion**.

Die SPD-Fraktion erinnert daran, dass das gesamte Rheydter Projekt am 31.12.2013 abgeschlossen sein muss. Jede Verzögerung würde diesen Zeitpunkt gefährden und Förder-

Baufortschritt und Kostenentwicklung. Bei solchen Großprojekten allerdings auch eine Selbstverständlichkeit.

SPD-Fraktionschef Lothar Beine: „Die SPD sieht das gesamte Konzept „Soziale Stadt Rheydt“ im Zusammenhang mit dem Bau der Mönchengladbach-Arcaden. Dieses Projekt in der Gladbacher Innenstadt wird Auswirkungen für Rheydt haben. Daher ist es sehr wichtig, dass in Rheydt alle Baustellen frühzeitig vor der



Fortschritten nicht zufrieden und macht ihre Ablehnung des gesamten Marktplatzprojekts an der Breite der zukünftigen Stellplätze, einer Abbiegespur zur Tiefgarage und dem Durchbruch zur Verwaltungstiefgarage fest. Für die SPD-Fraktion ist dieses Verhalten schon erschre-

mittel in Millionenhöhe gefährden. Für die SPD sind die Projekte in Rheydt essentiell und so werden auch in der Bauphase notwendig gewordene Änderungen nicht in Frage gestellt. Auf Ansinnen der SPD erfolgt regelmäßig im Planungs- und Bauausschuss ein Bericht über

Eröffnung des Einkaufszentrums abgeschlossen sind. Ohne die notwendigen Beschlüsse hätte ein Baustopp ungeahnte Folgen für das Gesamtprojekt gehabt. Offensichtlich gibt es politische Kräfte, die genau das wollen. Die SPD hält ihr Wort.“

Jugendzuschuss bleibt - Sportstättengebühren werden geprüft

Bis jetzt werden die Schwimmbäder, Sporthallen und Sportanlagen den Mitgliedsvereinen im Stadtsportbund kostenfrei zur Verfügung gestellt. Im Haushaltssanierungsplan wurden die

stättennutzungsentgelt für die Vereine kompensiert werden. Insgesamt wurde eine Ersparnis in Höhe von 205.000 € errechnet. Viele Städte verlangen von den Vereinen bereits Benutzungsentgelte. Die finanziellen Auswirkungen für die Sportvereine klangen nach den vorliegenden Modellrechnungen

müssten die aktiven erwachsenen Sportler die Hauptlast tragen. Noch schwieriger wäre die Lage bei den Schwimmsportvereinen gewesen.



zuerst harmlos, doch für die SPD steckten die Probleme im Detail. Die Vereine hätten von ihren Mitgliedern höhere Beiträge abverlangen müssen. Aber diese Erhöhungen wären nicht linear auf jedes Mitglied umzulegen. So wollen die Vereine natürlich die Mitgliedsbeiträge für Kinder und Jugendliche niedrig halten. Zugleich gibt es in den Vereinen viele passive Mitglieder, die keine Sportanlagen mehr nutzen, ihren Verein aber mit einem kleineren Beitrag weiter unterstützen möchten. Unter Berücksichtigung dieser Punkte

Für die SPD wären der Wegfall des Jugendzuschusses und die Einführung von Sportstättennutzungsentgelten sehr einschneidende Maßnahmen gewesen. Die Sportvereine leisten gerade durch ihre Jugendarbeit eine wichtige Aufgabe zur sozialen Integration und Gesundheitsvorsorge. Zugleich ist eine Umsetzung mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden.

Henning Haupts, sportpolitischer Sprecher der SPD: „Im Fazit kam für SPD-Fraktion die Streichung des Jugendzuschusses nicht in Frage. Sportstättennutzungsentgelte hätten allerdings in der Vergabe von Raum und Zeit im Sport eine gute Steuerungsfunktion. Doch sind diese nur im Erwachsenenbereich anzuwenden. Im ersten Schritt sollen Regelungen zwischen Stadt und Vereinen besprochen werden. Dafür haben beide Seiten bis zum Sommer 2014 Zeit.“

Einführung von Benutzungsentgelten und der Wegfall des **Zuschusses für die Jugendarbeit** der Vereine von der Verwaltung vorgeschlagen. Mit diesem Zuschuss wird die Jugendarbeit der Sportvereine zusätzlich gefördert. Nach dem Modell der Verwaltung sollte der Wegfall des Jugendzuschusses durch einen besonders hohen Jugendrabatt im Sport-

Erhöhungen wären nicht linear auf jedes Mitglied umzulegen. So wollen die Vereine natürlich die Mitgliedsbeiträge für Kinder und Jugendliche niedrig halten. Zugleich gibt es in den Vereinen viele passive Mitglieder, die keine Sportanlagen mehr nutzen, ihren Verein aber mit einem kleineren Beitrag weiter unterstützen möchten. Unter Berücksichtigung dieser Punkte

Reale Chance für City-Ost vertan

„Mit dem Beschluss zur Aufstellung eines neuen Bebauungsplans im Bereich des alten Güterbahnhofs an der Breitenbachstraße wurde eine gute Entwicklungschance vertan“, so **Volker Küppers, Vorsitzender der SPD-Bezirksfraktion Ost**.

Doch zuerst zur Vorgeschichte: Im September 2002 wurde der Rahmenplan City-Ost

wünschten Fachmarktnutzung verfolgt. Eine bauliche Realisierung in 2013/2014 wäre möglich gewesen. Der Investor hat alle von der Stadt geforderten Auflagen erfüllt: Sanierung ehemaliges Gaswerk, Rückbau ehemaliger Bahngelände und Bahninfrastruktur, Ankauf von notwendigen Grundstücken, Rückbau eines Speditionsgebäudes, Erstellung Bebauungsplanentwurfs mit allen Fachgutachten, Flächenabtretung und Kostenbeteiligung für den Ausbau der Breitenbachstraße.



als verbindliches Leitbild für 15 Jahre bis 2017 verabschiedet. Ziel war die Realisierung eines Fachmarktzentums. Aurelis hat als Grundstückseigentümerin mit ihren Planungen konsequent die Umsetzung der von der Stadt ge-

„Und plötzlich gelten die Zusagen gegenüber dem Investor nicht mehr, nachdem dieser treu alle Vorgaben eingehalten und bereits rd. 1,4 Mio. Euro ausgelegt hatte. So kann man nicht mit Investoren umgehen“, meint **Thomas Fegers, planungspolitischer Sprecher der SPD**.

Nun wird sich an dieser prägnanten Stelle in der Innenstadt vorerst nichts tun. Für die

SPD wäre durchaus eine Kombination mit dem Masterplanentwurf und einem Baumarkt entlang des Bahndamms möglich gewesen. Allerdings sind die Büro- und Grünflächen im Masterplanentwurf für Mönchengladbach total überdimensioniert. Selbst Fachleute aus der Immobilienbranche bezweifeln die Realisierbarkeit bei einer Vertriebszeit für Büroflächen (144.000 qm) von 34 Jahren genau in dieser Lage unmittelbar neben anderen Fachmärkten und einer Haupteisenbahnstrecke. Zugleich muss die Stadt nun die Erschließungsstraßen und den Grünzug selber bezahlen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine:

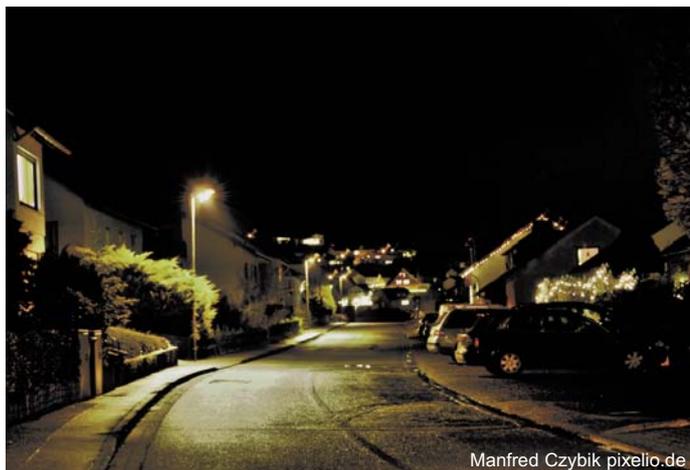
„Aurelis hätte diese Kosten übernommen und zugleich insgesamt mit dem Baumarkt rd. 10,5 Mio. € in 2013 investiert. Auch die Altlastensanierung verbleibt möglicherweise nun bei der Stadt. Hohe Entschädigungsforderungen der Grundstückseigentümerin gegenüber der Stadt stehen noch aus. Für die SPD wurde mit der Verhinderung des Hornbach-Baumarkts ein Schlüsselprojekt für das rd. 7,7 ha große Areal vertan und auf Dauer ist Mönchengladbach um eine Brachfläche reicher. Doch schlimmer ist für die SPD-Fraktion der Vertrauensverlust zwischen Stadt und Investoren.“

Nachabschaltung der Straßenbeleuchtung nur als Test

Krefeld hat die Nachtabschaltung nach heftigen Bürgerprotesten gekippt. Die notwendigen Investitionen in Höhe von 249.000 € für die Umstellung auf Nachtabschaltung wurden umsonst ausgegeben.

Mönchengladbach sieht auch eine Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung vor. Einsparungen in Höhe von 140.000 € werden ab 2014 hierfür eingerechnet. Allerdings muss zuerst rd. eine 1,0 Mio. Euro für die technische Umsetzung investiert

werden, da Mönchengladbach noch über eine sehr alte Technik verfügt. Eine Amortisation dieser Kosten würde erst in 14 Jahren erreicht. In Krefeld wurden übrigens Einsparungen in Höhe von 225.000 € für eine bedeutend geringere Vorinvestition gerechnet.



Manfred Czybik pixelo.de

Fühlen sich Menschen auch ohne Licht sicher?

Folge der Nachtabschaltung: Alle Laternen mussten mit einem roten Folienring beklebt werden. Mit der Konsequenz, dass nach der Straßenverkehrsordnung die abgestellten Fahrzeuge das Parklicht einschalten mussten. In Krefeld wurden einige Protokolle verteilt, wenn Menschen dieses vergessen hatten.

Der Haushaltssanierungsplan in Mönchen-

gladbach sieht auch eine Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung vor. Einsparungen in Höhe von 140.000 € werden ab 2014 hierfür eingerechnet. Allerdings muss zuerst rd. eine 1,0 Mio. Euro für die technische Umsetzung investiert werden, da Mönchengladbach noch über eine sehr alte Technik verfügt. Eine Amortisation dieser Kosten würde erst in 14 Jahren erreicht. In Krefeld wurden übrigens Einsparungen in Höhe von 225.000 € für eine bedeutend geringere Vorinvestition gerechnet.

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine: „Wegen der hohen Investitionskosten ist die Nachtabschaltung in einem Zug nicht machbar. Jetzt sollen die Auswirkungen in einem überschaubaren Stadtteil erprobt werden. Für Mönchengladbach wird seitens der Verwaltung immerhin ein dauerhaftes Sparpotential gesehen.“

Die Erfahrungen in Krefeld machen deutlich, dass die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung gerade in Großstädten ein sensi-

bles Thema ist. Erst nach der Testphase mit geringem Investitionsaufwand sind die Ergebnisse wirtschaftlich und politisch zu bewerten.

RatAktuell 2/2012

Auflage: 2000 (im Postversand)

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion
Mönchengladbach
Brucknerallee 126
41236 Mönchengladbach

Tel: 02166/9 24 90-30

Fax: 02166/9 24 90-34

Mail: spdratmg@itbank.de

Internet: www.fraktion-spd-mg.de

Twittern Sie mit der Fraktion

Neue Anschrift?

Neuer Interessent?

Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)

Lothar Beine

Bilder: SPD, Stadt-MG, pixelo.de

Druck:

Druckerei Kranz, Stadtwaldstraße 35,
41179 Mönchengladbach